

*„To operate within the matrix of power is not the same as to replicate uncritically relations of domination.“ – Judith Butler*



Liebe Freund\*innen,

uns stehen zwei Wahlen bevor, die gleichermaßen wichtig sind, wenn wir auf die existenziellen Krisen unserer Zeit reagieren wollen: die Klimakrise und den Verlust der Biodiversität. Bündnis 90/Die Grünen streben nach Verantwortung, mehr als je zuvor. Nichts daran ist falsch. Wir stehen für Veränderung und schnelle Veränderung schafft man nur in einer Regierung.

Wir sind die einzige Partei, die das Ausmaß und die Dringlichkeit dieser Krisen verstanden hat. Aber wir wissen, dass wir nur dauerhaft etwas verändern können, wenn wir **die Menschen mitnehmen**. Anders als in unserer letzten Beteiligung an einer Bundesregierung, treten wir jetzt mit einem Programm an, in dem die soziale Frage gleichberechtigt neben der ökologischen steht. In meiner Zeit als Stadtrat musste ich feststellen, dass Veränderung vor Ort nur funktioniert, wenn die verschiedenen politischen Ebenen ineinander greifen. Wir haben in diesem Jahr die Chance gleichzeitig im Bund und der Mehrheit der Länder zu regieren. Wir müssen liefern. Wir müssen beweisen, dass wir ökologische Veränderungen sozial umsetzen, um den Menschen ein nachhaltigeres und besseres Leben zu ermöglichen.

Neben die ökologische Transformation tritt außerdem die digitale. Beide bereiten vielen Arbeitnehmer\*innen Sorgen. Deshalb brauchen wir einen verlässlichen Fahrplan, wie wir sie **sozial absichern** und ihnen Chancen eröffnen. Das bedeutet, eine Rente zuzusichern, die vor Armut und sozialem Abstieg schützt. Das bedeutet eine grüne Garantiesicherung, die wir zum Bedingungslosen Grundeinkommen weiterentwickeln können. Das bedeutet aber auch ein Qualifizierungskurzarbeiter\*innengeld einzuführen und den Menschen endlich eine transparente Weiterbildungslandschaft zu bieten, die vor Beschäftigungsverlust schützt und in der für Beschäftigte und Unternehmen ersichtlich ist, welche Abschlüsse anerkannt sind und zu was sie befähigen.

Gleichzeitig darf die soziale Frage nicht an unseren Landesgrenzen enden. Fluchtursachen zu bekämpfen bedeutet auch, unsere **Handelspolitik** anders zu gestalten. Das Lieferkettengesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt aber hinter der aktuellen Debatte auf EU-Ebene zurück. Gleichzeitig stehen EU-Handelsabkommen in den Startlöchern, die bestehende Ungleichheiten zwischen den Beteiligten verschärfen. Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft stemmen. Nicht zuletzt dürfen wir unseren Wohlstand nicht auf Krieg aufbauen. Die große Mehrheit der Deutschen ist für ein Exportverbot von Rüstungsgütern. Schleswig-Holstein sollte voran gehen bei der Transformation der Rüstungsindustrie.

Aber Ungerechtigkeit schlägt sich nicht nur monetär nieder. An den entscheidenden Hebeln sitzen überwiegend reiche weiße Männer. Quoten und Statute sind richtig und wichtig als erster Schritt hin zu mehr **Vielfalt**. Aber Diskriminierung und Machtgefälle manifestieren sich oft viel subtiler. Keine Organisation ist frei von Diskriminierung – auch diese Partei nicht. Zwei subtile Beispiele:

Politik wird oft von Akademiker\*innen gemacht. Wer sich nicht entsprechend ausdrückt, die\*der setzt sich weniger häufig durch. Das schlägt sich auch in der gemachten Politik nieder, wenn Arbeiter\*innen-Probleme Politiker\*innen fremd sind.

Menschen mit Kindern bzw. die\*der Partner\*in, die\*der den Hauptteil der Care-Arbeit übernimmt, sind zeitlich nicht so flexibel. Aktive mit viel Zeit übernehmen dann häufig mehr und mehr Aufgaben, bis sie schließlich auch Entscheidungsprozesse kontrollieren.

Wir wollen eine vielfältige Partei sein, die allen Mitgliedern und Gewählten Teilhabe an den Entscheidungsprozessen bietet. Deshalb ist **mein Projekt im Parteirat** – neben der inhaltlichen Arbeit – die Gründung eines dauerhaften Awareness-Teams im Landesverband. Dieses soll gemeinsam mit der künftigen Ombudsstelle für sexuelle Belästigung und Diskriminierung machtkritisch unsere Prozesse beleuchten und präventiv arbeiten. Aber vor allem soll es im Fall der Fälle unseren Aktiven zur Seite stehen. Denn Ehrenamt belastet oft und wenn Ausgrenzung, Diskriminierung, Stress oder sonstige Belastungen das Engagement erschweren, sollten wir als Partei darauf vorbereitet sein und den Betroffenen zur Seite stehen. Unterstützend und vertraulich.

Nur wenn wir Strukturen hinterfragen, können wir sie verändern! In diesem Sinne möchte ich mich im Parteirat einbringen und bitte um eure Unterstützung.

Joschi

#### **Berufliche Vita:**

seit 2019: Weiterbildungsstudium in der Berufspädagogik (Metalltechnik, Wirtschaft und Politik)

2016 - 2019: Arbeit als Ingenieur im Bereich Spezialfahrräder für Menschen mit Behinderungen und Schwerlasttransport

2011 - 2016: Studium Maschinenbau

#### **Grüne Vita:**

seit 2021: schleswig-holsteinischer Delegierter in die BAGen Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie Globale Entwicklung

2015 - 2021: Bundesvorstand GewerkschaftsGrün

2014 - 2019: Stadtrat in Karlsruhe

2012 - 2013: Sprecher der Grünen Jugend Karlsruhe